

Kleine Anfrage 2297

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

BER - Schallschutznachweise und Bauteilkataloge mit Prüfberichten – Aufsicht und Planung?

Die Antworten auf die Kleinen Anfragen 1520 und 120 – Landtagsdrucksache 6/3646 und Landtagsdrucksache 6/554 sind fristgerecht bearbeitet worden und ausgereicht worden. Leider ist festzustellen, dass sich die formal zuständige Behörde – die Obere Luftfahrtbehörde (LUBB) sich anscheinend ständig derselben Wortgruppen, die auch die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB) verwendet, bedient und nur teilweise gedenkt auf die konkreten Fragen zu antworten und offensichtlich auch die für Schallschutzfragen kompetente Dienststelle – das Landesamt für Umwelt nicht beteiligt hat.

Statt auf konkrete Fragen zu antworten, werden allgemeine Aussagen getroffen, die bei gutwilliger Interpretation mit der Frage entfernt zu tun haben.

Obwohl es nicht im Belieben der Landesregierung gestellt sein sollte, ausweichend auf Fragen einzugehen, gibt es sicherlich einen weiten Interpretationsspielraum, der allerdings dann überschritten wird, wenn nur noch Wortgruppen wiederholt werden, um die FBB im günstigen Licht dastehen zu lassen.

Gleichfalls als nicht zu verantworten und jeden parlamentarischen Mindeststandard verletzend sind Aussagen zu bezeichnen, die schon seit geraumer Zeit als fehlerhaft erkannt worden sind.

Eine fehlerhafte Aussage ist: „Es liegen derzeit keine allgemein zertifizierten Lösungen für Wanddämmungen von außen vor.“ Die FBB führt zumindest halbwegs korrekt aus, dass ihr zwei Prüfzeugnisse für Wanddämmungen vorliegen würden. Dieses entnimmt die FBB der Veröffentlichung in der Zeitschrift Lärmbekämpfung, „Baulicher Schallschutz“ Heft 7/2015. Bei genauer Lektüre der Fachliteratur z.B. „Die Schalldämmung mit vorgehängten Fassaden“ FVHF Focus 4 von 1994 (!) wäre allerdings die Landesregierung auf die Tatsache gestoßen, dass es Prüfberichte für mindestens 12 unterschiedliche Materialien und 29 verschiedene Baukonstruktionen für Außenvorsatzschalen auf zwei massiven Wänden gibt.

Insbesondere aber lassen die Antworten zu den Schallschutzfenstern darauf schließen, dass es überhaupt keine fachkundige Aufsicht über die FBB in Sachen Schallschutzprogramm gibt.

Es ist ein außergewöhnlicher Vorgang, dass es der Aufsichtsbehörde bisher nicht aufgefallen ist, dass die von der FBB ausgesuchten Fachfirmen weder verpflichtet worden sind noch sich anscheinend verpflichtet fühlen, vor Einbau eines

Schallschutzfensters bzw. vor oder bei der Auftragsvergabe ein Prüfzeugnis für das Schallschutzfenster vorzulegen.

Jeder, der sich etwas mit Schallschutz auskennt, weiß, dass auf den Internetseiten der großen Fensterhersteller Schallschutzfenster mit konkreten Prüfzeugnissen angegeben werden. Exemplarisch liegen diese auch der FBB vor. Es ist also problemlos möglich, Schallschutzfenster mit Prüfzeugnissen zu bestellen.

Stattdessen wendet die FBB – z.T. sogar bei der Überprüfung der von ihr für den Vergabepool ausgesuchten Firmen – ein aufwändiges und kostspielige Prüfverfahren an, das ca. 3000,-€ pro Fenster kostet –also häufig über dem Wert des Fensters liegt. Das ist Steuergeldverschwendung und möglicher Weise pflichtwidriges Verhalten und Zusehen der Aufsichtsbehörden bei Steuergeldverschwendung.

Falls die Aufsichtsbehörde keine Antworten geben kann, wird empfohlen, das Landesamt für Umwelt und die dortige Arbeitsgruppe, die für Fragen zum Lärm und Schallschutz zuständig ist, einzubeziehen. Falls eine Beteiligung der zuständigen Stellen vermieden wird, wird um Hinweis in der Beantwortung gebeten. Etwaige Verzögerungen nimmt der Fragesteller dann in Kauf, wenn es fachlich fundierte Antworten und keine allfälligen Wiederholungen von Wortgruppen der FBB gibt.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. In der Antwort auf Frage 8 der KA 1520 wird ausgeführt, dass für Innendämmungen je nach System Zertifikate vorliegen würden. Gleichfalls wird auf die Frage 11 der KA 1520 ausgeführt, dass den Eigentümern eine umfassende Ausführungsplanung in Gestalt des objektkonkreten Leistungsverzeichnisses und der Baubeschreibungen zur Verfügung stehen würde. Ist der Landesregierung bewusst, dass es sich bei Innendämmungen, die von der FBB vorgesehen werden, um mehrschalige Baukonstruktionen handelt, für die ein oder mehrere Zertifikate von Bauherstellern vollkommen unzureichend sind, da der gesamte Bauteilaufbau schalltechnisch zu beurteilen ist? Warum werden einfachste schalltechnische Zusammenhänge nicht erkannt und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen? Warum wird nicht zugegeben, dass die FBB bisher noch niemals eine geeignete Bauplanung vorgelegt hat, da sie sich bisher weigert, Schallschutznachweise vorzulegen – möglicher Weise auch deshalb, weil diese höchst angreifbar oder fehlerhaft sind?
2. Woher kommen die Angaben zur Schalldämmung von Vorsatzwänden auf der Innenseite von Außenwänden in den „objektkonkreten“ Leistungsverzeichnissen und in dem Musterleistungsverzeichnis der FBB, das im Internet einsehbar ist?
3. Ist der Landesregierung bewusst, dass eine „objektkonkrete“ Angabe zur Schalldämmung die gesamte mehrschalige Baukonstruktion inklusive der Bestandswand umfassen muss und dass es auch Verschlechterungen der Schalldämmung durch Vorsatzschalen geben kann? Trifft es zu, dass in der Regel das Zusammenwirken von Bestandswand und Vorsatzschale und die daraus resultierende quantitativ festzustellende Schalldämmung in der Anspruchsermittlung Bau überhaupt nicht ermittelt worden ist? Warum werden den Bürgern keine fachlich erforderlichen Schallschutznachweise übergeben?
4. Werden fehlerhafte Angaben – wie bereits anlässlich der Kritik im Sonderausschuss BER (Stichprobengutachten von B., M., H.) an dem nicht zu erreichenden Schalldämmmaß von 60 dB für geneigte Dächer – allein damit

gerechtfertigt, dass diese Angaben von einem externen Büro stammen würden und es dafür sogar Preise gegeben habe und man nicht auf die Idee gekommen sei, die Angaben anzuzweifeln? Wäre es nicht einfacher, vom jeweiligen Ingenieurbüro das Prüfzeugnis oder andere geeignete Unterlagen, die für den Schallschutznachweis erforderlich sind, abzuverlangen?

5. Wann wird die FBB aufsichtsrechtlich verpflichtet, Baukonstruktionen auszuschreiben und in der Planung vorzusehen, für die es entweder Prüfzeugnisse gibt oder deren Schalldämmmaß durch berechnete Verfahren mit der zuständigen Stelle der Landesregierung (LfU) abgestimmt worden sind?
6. Wenn es wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage 6/554 seitens der Landesregierung ausgeführt, Prüfzeugnisse im Zuge der Nachweisführung außerhalb des Katalogs nach DIN 4109 der FBB vorzulegen sind, wäre es doch ein Leichtes für die Aufsichtsbehörde diese der FBB vorliegenden Unterlagen zu veröffentlichen oder zumindest diese Unterlagen jedem betroffenen Eigentümer zu übergeben. Wird seitens der FBB immer noch die irrige Auffassung vertreten, dass Prüfzeugnisse nicht von den Planungsbüros zu übergeben sind sondern von den bauausführenden Firmen, die keinerlei Verantwortung für eine vollständige und durch bauphysikalische Nachweise fundierte Planung übernehmen können?
7. Vertritt die Landesregierung – wie in der Frage 11 und 12 auf die Kleine Anfrage 6/554 dargestellt, immer noch die irrige Auffassung, dass es sich bei schalltechnischen Prüfzeugnissen um produktbezogene Angaben von Herstellern handeln würde? Ist es nicht vielmehr so, dass Prüfzeugnisse beim baulichen Schallschutz nur bei mehrschalige Baukonstruktionen erforderlich werden und dass ein Hersteller eines Bauelementes keineswegs in der Lage ist das Zusammenwirken von z.B. vier oder fünf Bauteilen in einer mehrschaligen Konstruktion schalltechnisch zu beurteilen? Ist es nicht so, dass auch die vorhandene Bestandswand sich einer Bewertung eines Herstellers heutiger Baustoffe entzieht? Ist es deshalb nicht vollkommen fehlerhaft davon auszugehen, dass Hersteller „produktbezogene“ – damit kann doch nur das selbst hergestellte Produkt und nicht etwas das „Produkt“ mehrschalige Baukonstruktion gemeint sein – Prüfzeugnisse vorzulegen haben?
8. Sind die Arbeiten an einem Bauteilkatalog, der mehrschalige Baukonstruktionen vorsehen sollte, für die Prüfberichte oder abgestimmte Berechnungsverfahren vorliegen sollte, in irgendeiner Form vorangekommen? Hat die FBB sich bisher - allen Ansprachen der Landesregierung bei Koordinationsgesprächen zum Trotz – überhaupt nicht bewegt?
9. Ist die folgende Absicht der FBB, „Um eine Einheitlichkeit in der Bewertung von Bauteilen seitens der Ingenieurbüros zu gewährleisten wird durch die FBB ein Bauteilkatalog entwickelt, der vorgefundene Bauteile sowie die anzusetzenden Bauschalldämmmaße beschreibt.“, kundgetan im dem Monatsbericht zum Schallschutz 8/2013, von Taten begleitet worden und ist die Landesregierung hierüber informiert worden?
10. Ist es zutreffend, dass ein derartiger Bauteilkatalog nicht nur für die Bestandssanierung sondern auch für Umbauten, Erweiterungen und Neubauten hilfreich sein würde? Wäre es auch möglich und denkbar Bauteilkonstruktionen in

anerkannten Fachveröffentlichungen, die mit Schalldämmmaßen untersetzt sind, als Grundlage für einen Bauteilkatalog zu verwenden?

11. Wenn ein Schallschutznachweis bei der Planung von Schallschutzmaßnahmen erforderlich ist und – wie erfreulicher Weise in der Antwort 7 auf die KA 6/554 ausgeführt – „Prüfzeugnisse sind im Zuge der Nachweisführung ausreichender Schalldämmung ...der FBB vorzulegen und können insofern keine Geschäftsgeheimnisse sein.“; warum werden diese Prüfzeugnisse nicht den Bürgern, der Aufsichtsbehörde und dem Landesamt für Umwelt übergeben und transparent offengelegt? Wird möglicher Weise die Geheimniskrämerei der FBB von der Aufsichtsbehörde unterstützt?
12. Wenn gemäß der Antwort auf die Frage 10 der KA 6/554 „Bauteilkataloge für bestehende Gebäude permanent entwickelt und fortgeschrieben“ werden, warum werden diese Angaben nicht offengelegt und zumindest den betroffenen Bürgern und der Aufsichtsbehörde und dem Landesamt für Umwelt übermittelt?
13. Wenn sich „die FBB nicht weigert, die erforderlichen Prüfzeugnisse vorzulegen“ – entsprechend der Antwort zu Frage 11 der KA 6/554, warum werden diese Prüfzeugnisse nicht offengelegt und den zuständigen und/oder kompetenten Stellen der Landesregierung übermittelt?
14. Wenn – wie in der Antwort auf die Frage 14 der KA 6/554 zutreffend und positiv ausgeführt – „in der Regel ...Ctr-Werte zur Information in aktuellen Prüfzeugnissen enthalten sind. Diese Information kann auch in Bauteilkataloge übernommen werden“, warum werden Bürger und Kommunen nicht schnellstens in die Lage versetzt, diese Informationen zu erhalten und nachzuvollziehen? Ist es nur bei Kenntnis der Prüfzeugnisse und der C tr Werte der jeweiligen Baukonstruktion möglich, eine Abwägung bezüglich der bestmöglichen Konstruktion und den damit verbundenen Kosten zu treffen?
15. Hat die Landesregierung erkannt, dass es problemlos möglich sein würde, das Schallschutzprogramm zu einem positiven Modellverfahren zu entwickeln, wenn die Aufsichtsbehörde das Heft in die Hand nehmen würde und die FBB verpflichten würde, das Schallschutzprogramm transparent und mit den erforderlichen Schallschutznachweisen in der Planung durchzuführen? Ist die Landesregierung nicht allein schon aus haushaltsrechtlichen Gründen verpflichtet, jede Form der Geldverschwendung zu unterbinden und allein aufgrund des Gesundheitsschutzes zukünftiger Generationen, Schutz vor tieffrequentem Lärm durch gezielte Information aller Beteiligten – auch unabhängig von rechtlichen Verpflichtungen aus dem Planfeststellungsbeschluss – zu ermöglichen?